

## Ein Friedensprogramm

Vom 7. bis 10. April 1915 fand im Haag eine internationale Zusammenkunft statt, die folgende Mindestforderungen aufgestellt hat:

1. Es soll weder eine Annexion noch eine Gebietsübertragung stattfinden gegen die Interessen und Wünsche der Bevölkerung, deren Zustimmung, wo es möglich ist, durch Plebiszit oder auf andere Weise eingeholt werden soll. Die Staaten sollen den Nationalitäten ihres Gebietes Rechtsgleichheit, Religionsfreiheit und den freien Gebrauch ihrer Sprache garantieren.

2. Die Staaten sollen vereinbaren, in ihren Kolonien, Protektoraten und Interessensphären Handelsfreiheit oder wenigstens die Gleichstellung aller Nationen durchzuführen.

3. Das auf die friedliche Organisation der Staatengesellschaft bezügliche Werk der Haager Friedenskonferenzen soll ausgebaut werden. Die Friedenskonferenz soll mit einer dauernden Organisation ausgestattet werden und periodische Sitzungen abhalten.

Die Staaten sollen vereinbaren, alle ihre Streitigkeiten einem friedlichen Verfahren zu unterwerfen. Zu diesem Zweck sollen neben dem im Haag vorhandenen Schiedshof a) ein wirklich ständiger internationaler Gerichtshof und b) ein gleichfalls ständiger internationaler Untersuchungs- und Vermittlungsrat errichtet werden. Die Staaten sollen sich verpflichten, eine vereinbarte — diplomatische, wirtschaftliche oder militärische — Aktion für den Fall durchzuführen, daß ein Staat militärische Maßnahmen ergreift, statt den Streitfall dem richterlichen Spruch zu unterbreiten oder das Gutachten des Untersuchungs- und Vermittlungsrats einzuholen.

4. Die Staaten sollen eine Verminderung der Rüstungen vereinbaren. Um die Herabsetzung der Bewaffnung zur See zu erleichtern, soll das Beuterecht abgeschafft und die Freiheit der Meere gesichert werden.

5. Die auswärtige Politik soll einer wirksamen Kontrolle der Parlamente unterstellt werden. Geheime Verträge sollen nichtig sein.

Dieses Programm ist sehr lehrreich; es zeigt, wie unabsehbar weit die Welt noch von dem dauernden Frieden entfernt ist. Selbst die Pazifisten rechnen die tiefstreichendsten politischen Umwälzungen zu den Mindestforderungen, also den unerläßlichen Bedingungen einer Friedensgarantie. Völkerrechtliche Vereinbarungen genügen nicht; eine Reihe von Bestimmungen sind aufgenommen, die in das Gebiet des Staatsrechts eingreifen (Rechtsgleichheit der Nationalitäten, Sprach-, Religions- und Handelsfreiheit, die parlamentarische Aufsicht über die auswärtige Politik). Diese Bestimmungen gehen über einen internationalen Vertrag hinaus und könnten als das Rudiment einer Weltverfassung angesehen werden. Dem internationalen Gerichtshof müßten also wohl auch nationale Fragen, z. B. Beschwerden einer unterdrückten Nationalität gegen ihre Regierung, unterbreitet werden, wenn die staatsrechtlichen Forderungen des Mindestprogramms nicht bloße Wünsche bleiben sollen.

Bis die Regierungen der Großmächte sich auf ein solches Verfahren einlassen, braucht es noch sehr viel!

Die Konferenz, welche einstimmig die genannten Forderungen formuliert hat, ist vom Niederländische Anti-Dorlog Raad einberufen worden. Sie hat privaten Charakter. Teilgenommen haben Leute aus Belgien, Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Norwegen, Oesterreich, Schweden, der Schweiz, Ungarn und den Vereinigten Staaten von Amerika. Grundsätzliche Zustimmungserklärungen

lagen ferner vor aus Dänemark, Frankreich, Italien und Spanien. Gleichzeitig wurde die Gründung einer „Zentralorganisation für den dauernden Frieden“ beschlossen, behufs Zusammenfassung aller ähnliche Ziele verfolgenden Vereine und Personen. Für diese Zentralorganisation wird ein großer internationaler Rat als allgemeiner Ausschuß gebildet. Als Vollausschuß ist der Vorstand des Niederländische Anti-Dorlog Raad, verstärkt durch auswärtige Mitglieder, eingesetzt worden.

Die Postulate der schweizerischen Vereinigung für einen dauerhaften Friedensvertrag weichen teilweise vom Haager Programm ab. Sie enthalten folgende Punkte:

1. Teilnahme der neutralen Länder am Friedenskongreß, der nach einem Präliminarfrieden der kriegsführenden Staaten die allgemeinen Fragen zu lösen haben wird (namentlich wirtschaftliche Fragen).

2. Freie Koalition aller Staaten, Verbot politischer Geheimverträge und Sonderbündnisse (nach schweizerischem Vorbild).

3. Keine Annexion ohne einwandfreie Befragung des Volkswillens.

4. Ausbau der internationalen Rechtsordnung durch gegenseitige solidarische Garantie der Staatsgebiete und der internationalen Konventionen, Organisation der Vermittlung, eine Untersuchungskommission, ständiges Schiedsgericht; Abschaffung des Kaperrechts und Garantierung der Freiheit der Meere.

5. Monopolisierung der Waffenfabrikation, um der Rüstungsindustrie das Interesse am Kriege zu nehmen.

6. Ernstliche Prüfung der Handelsfreiheit in den Kolonien, Neutralisierung umstrittener Meerengen und Gebietsteile mit verstärkter Garantie zum Schutze derselben.

In der Forellschen Schrift „Die Vereinigten Staaten der Erde“ sind noch folgende Friedensorganisationen aufgezählt:

The Union of Democratic Control, London.  
Liga der neutralen Länder, Enrico Bignami, Lugano.

Bund für Organisierung menschlichen Fortschritts, Dr. Broda, Lausanne.

United States of Europe Association, Ch. Ingersoll, New York.

Komitee der „Vereinigten Staaten Europas“, Dr. van Suchtelen, Blaricum, Holland.

The New York Peace Society.

Amigos de la Unidad Moral de Europa, Barcelona.

The Federal Council of the Churches of Christ in America, New York.

The Cobden Club, London.

Komitee zum Studium der Grundlagen eines dauerhaften Friedensvertrages, Bern.

Wie aus der Firma zweier dieser Friedensgesellschaften hervorgeht, hat der Gedanke eines europäischen Staatenbundes weit herum gezündet. Publikationen vielleicht in allen Kultursprachen bezeugen es. Wir möchten aus dieser ganzen Propagandaliteratur nur das Werk eines italienischen Senators besonders hervorheben. Der Verfasser sucht dem Problem mit einem metodo analogico storico beizukommen, was der Lesbarkeit des Buches nicht gerade förderlich ist. Es ist die gründlichste und inhaltsreichste Schrift über das Föderationsproblem und hat gleichzeitig das heute dreifach schätzenswerte Verdienst, von jeder nationalitätlichen Voreingenommenheit frei zu sein. Die Kruxialfrage nach dem friedlichen Weg zum Friedensziel beantwortet allerdings auch Ponti nicht.